

Inhaltsverzeichnis

1 Die Unternehmensflurbereinigung Vehlefanz.....	2
1.1 Rechtsgrundlage und Gründe.....	2
1.2 Geographische und politische Lage.....	2
2 Planungen.....	5
2.1 Straßen und Wegen.....	5
2.2 Natur und Landschaft.....	8
2.2.1 Beeinträchtigung von Natur und Landschaft.....	8
2.2.2 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.....	8
3 Ergebnisse der naturschutzrechtlichen Prüfungen und Fachgutachten.....	10
3.1 Prüfung der Pflicht einer Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung.....	10
3.2 Prüfung der Verträglichkeit mit den Schutzgebieten gem. BNatSchG.....	10
3.3 Eingriffsregelung.....	10
3.5 Prüfung der Verträglichkeit mit den Zielen der WRRL.....	10
3.6 Prüfung der Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung.....	11
4. Übersicht der feststellungsbezogenen Anlagen.....	11
4.1 Straßen und Wege.....	11
4.2 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.....	11
5 Quellen.....	12

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage des Flurbereinigungsgebietes in Brandenburg.....	3
Abbildung 2: Lage des Flurbereinigungsgebietes.....	3
Abbildung 3: Verwaltungsgrenzen (Gemeinden).....	4
Abbildung 4: Weg 4 – Weg am Kossätenfeld.....	6
Abbildung 5: Weg 110 – Gartenweg/ Steinweg.....	7

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gemeinden und Gemarkungen im Flurbereinigungsgebiet.....	4
---	---

1 DIE UNTERNEHMENSFLURBEREINIGUNG VEHLEFANZ

1.1 Rechtsgrundlage und Gründe

Das Unternehmensflurbereinigungsverfahren Vehlefanzen ist ein kombiniertes Verfahren, welches zum einen der Bereitstellung der Bedarfsflächen für Abschnitte des 6-streifigen Ausbaus der Autobahn A10 und A24 dient (Unternehmensflurbereinigung gem. § 87 ff. FlurbG) und zum anderen der Regelflurbereinigung gem. § 1 i.V. m. § 37 FlurbG, sowie der Zusammenfassung von getrenntem Anlagen- und Bodeneigentum (LwAnpG).

§ 37 des Flurbereinigungsgesetzes enthält den Auftrag zur Gestaltung des Bodenordnungsgebietes und bildet somit den Handlungsrahmen der Flurbereinigung. Dabei ist das Bodenordnungsgebiet unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur so zu gestalten, wie es den gegeneinander abzuwägenden Interessen der Beteiligten sowie den Interessen der allgemeinen Landeskultur und Landentwicklung entspricht und wie es das Wohl der Allgemeinheit erfordert. Wege, Straßen, Gewässer und andere gemeinschaftliche Anlagen sind zu schaffen, bodenschützende sowie -verbessernde und landschaftsgestaltende Maßnahmen vorzunehmen und alle sonstigen Maßnahmen zu treffen, durch welche die Grundlagen der Wirtschaftsbetriebe verbessert, der Arbeitsaufwand vermindert und die Bewirtschaftung erleichtert werden.

Um diesen hohen Ansprüchen der Neugestaltung des Bodenordnungsgebietes gerecht zu werden, wurden die Neugestaltungsgrundsätze gem. § 38 FlurbG aufgestellt und mit den Trägern öffentlicher Belange am 12.09.2016 abgestimmt. Auf der Grundlage dieses planerischen Rahmenkonzeptes erfolgte 2017 die Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes gem. § 41 FlurbG, welcher am 01.03.2019 genehmigt wurde. Der Radweg 219 wurde durch die 1. Änderung zum Wege- und Gewässerplan im Verlauf geändert (Genehmigung vom 03.06.2021).

Mit der hier vorliegenden 2. Änderung soll der Weg 110 und der Weg 4 in den Wege- und Gewässerplan aufgenommen werden. Zudem soll der Weg 107 inkl. Durchlass 701 nicht umgesetzt und daher aus der Planung gestrichen werden. Aufgrund der geänderten Eingriffssituation werden schließlich auch die Kompensationsmaßnahmen entsprechend angepasst.

1.2 Geographische und politische Lage

Das Flurbereinigungsgebiet befindet sich im Landkreis Oberhavel nordwestlich der Bundeshauptstadt Berlin und zwischen den Entwicklungsachsen Berlin-Nauen und Berlin-Oranienburg und liegt im Regionalpark Krämer Forst. Es wird im südlichen Teil begrenzt durch die Verbindungsstraße Eichstädt- Bärenklau bzw. das Waldgebiet zwischen Eichstädt und Wolfslake sowie im Norden durch die Ortslagen entlang der Kremmener Chaussee, im Westen durch die Gemeindegrenze Oberkrämer und im Osten durch die Gemarkungsgrenze Bärenklau bzw. Germendorf.

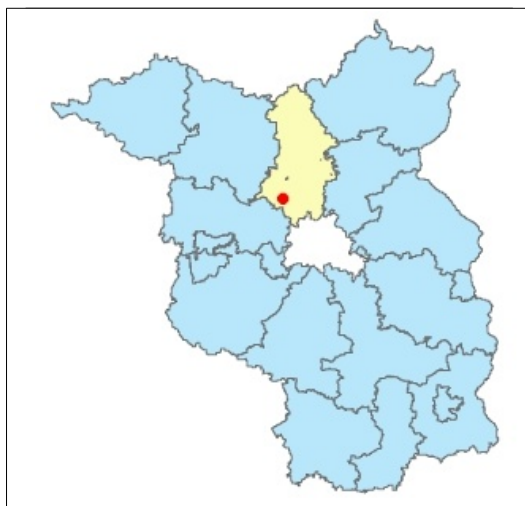


Abbildung 1: Lage des Flurbereinigungsgebietes in Brandenburg

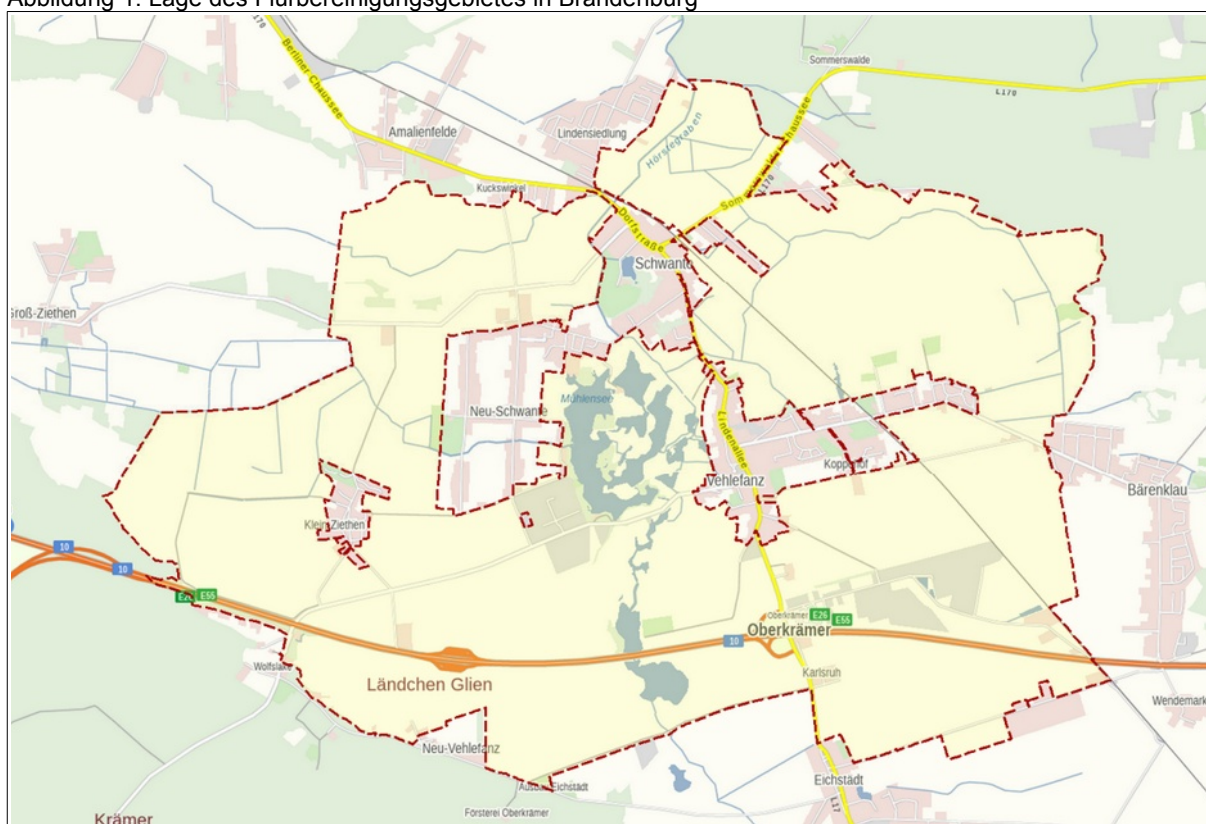


Abbildung 2: Lage des Flurbereinigungsgebietes

Das Flurbereinigungsgebiet umfasst folgende Gemarkungen / Flure:

Tabelle 1: Gemeinden und Gemarkungen im Flurbereinigungsgebiet

Gemeinde	Gemarkung	Flure
Oberkrämer	Bärenklau	4, 5
	Eichstädt	1 - 3
	Neu- Vehlefanzen	1 - 3
	Vehlefanzen	1 - 9
	Schwante	1 - 7

Die Gesamtfläche des Flurbereinigungsgebietes beträgt laut 6. Änderungsbeschluss ca. 2,2978 ha und liegt innerhalb der Verwaltungshoheit der Gemeinde Oberkrämer.

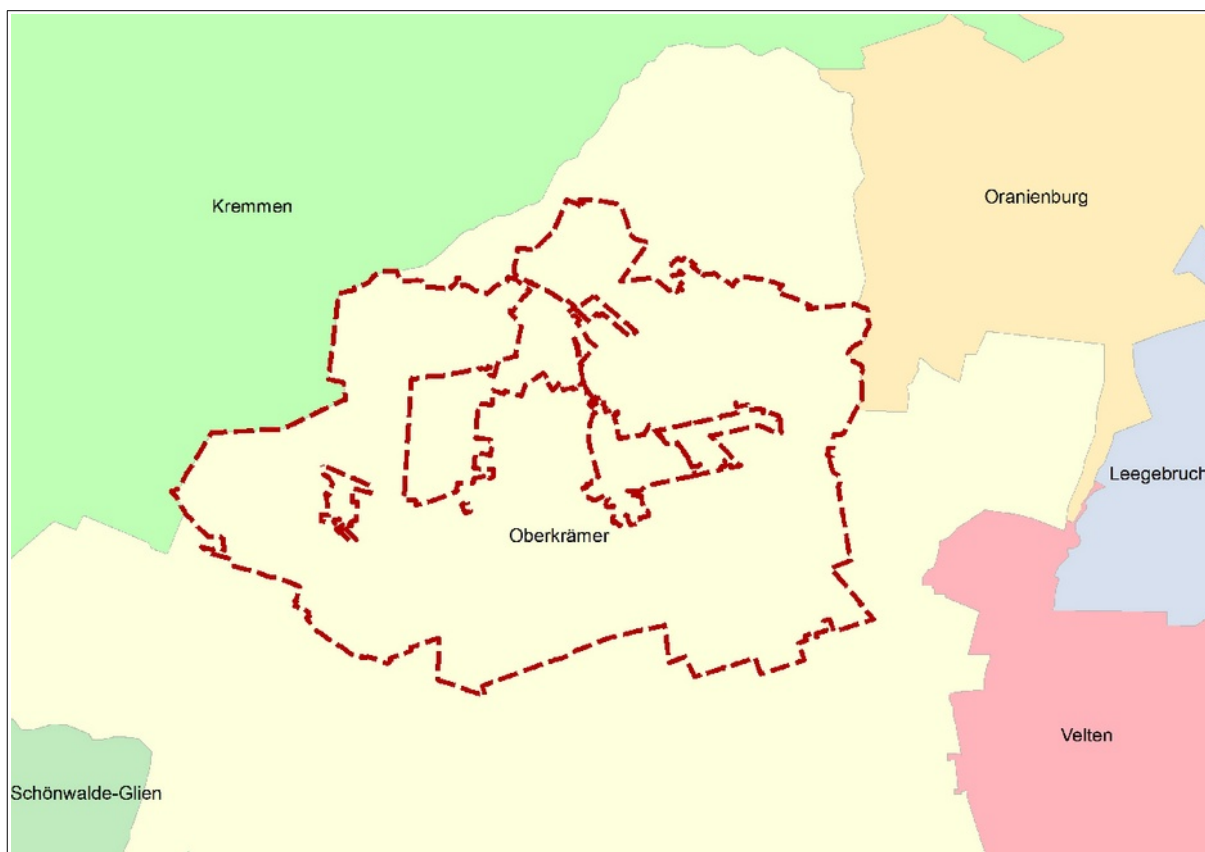


Abbildung 3: Verwaltungsgrenzen (Gemeinden)

2 PLANUNGEN

2.1 Straßen und Wegen

Im Rahmen der 2. Änderung sollen zum einen Wege neu in die Ausbauplanung aufgenommen und zum anderen auch Maßnahmen gestrichen werden.

Der Weg 4 zwischen der K6526 und der Autobahn im Süden wird in die Ausbauplanung aufgenommen, um den Weg anschließend in das Eigentum der Gemeinde zu übergeben, so dass die Erschließung der Flurstücke zwischen Kreisstraße und Autobahn künftig gesichert ist. Der Weg dient neben der Erschließung der Acker-Flurstücke als Zuwegung zur Beregnungstrasse und zu einer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme (Autobahnbau).

Der Weg 110 dient neben der landwirtschaftlichen Erschließung vor allem auch der Erschließung der Wohnbebauung am Gartenweg und als Rad- und Fußgängerverbindung zwischen Neu-Schwante und Klein Ziethen.

Bei der Wegebaumaßnahme 107 von der K6522 nach Amalienfelde wird der Ausbau inkl. Durchlass 701 gestrichen, da die Finanzierung des Eigenanteils nicht mehr durch Dritte abgedeckt werden kann und die Finanzierung nicht auf die Teilnehmergeinschaft umgelegt werden soll. Der Weg bleibt als solcher, wie im Bestand vorhanden, erhalten und verbleibt auch im Eigentum der Gemeinde, um die Erschließung im Nordwesten des Verfahrensgebietes weiterhin zu gewährleisten.

Bei der Planung der Wegebaumaßnahmen wird grundsätzlich die bestehende Tragfähigkeit der vorhandenen Wegebefestigungen mit berücksichtigt. Um hierbei eine hohe Planungssicherheit erreichen zu können, wurde das Ingenieurbüro für Geotechnik Prof. Dr. E.Weber GmbH in der Bahnhofstraße 33, 03099 Kolkwitz, mit der Erstellung von Baugrundgutachten beauftragt.

Im „Teil 11 – Baugrundgutachten“ des vorliegenden Planwerkes sind alle Gutachten für die Wege hinterlegt.

Weg 4 – Weg am Kossätenfeld

Lage	Südlich Neu-Schwante; südlich Perwenitzer Chaussee bis zur A10
Befestigung / Zustand	Asphalt, vollversiegelt, auf 610 m Länge 6,0 m breit; auf 125 m Länge 4,0 m breit, eine Ausweichstelle mit ca. 24 m ² , (z.T. mit Erdmaterial überlagert) / mittel
Zweck / Frequentierung / Klassifizierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; Zuwegung zur Beregnungsleitung und Kompensationsmaßnahme Hecke/ gering, aber mit hohen Lasten/ Wirtschaftsweg
Ausbauplanung	<ul style="list-style-type: none"> - Länge: 735 m - Befestigung: Asphalt <li style="padding-left: 40px;">Breite: 3,50 m <li style="padding-left: 40px;">Bankett: 0,75 m beidseitig (Schotterrasen) 2 Ausweichstellen, 4 Feldzufahrten - Erneuerung der Anbindung an die Kreisstraße K6526 - Geschwindigkeitsreduzierung (70 km/h) auf der Kreisstraße Abschnitt 030 von km 4.22 bis 5.94¹ - Beschilderung Weg 4: VZ 250 (Verbot für Fahrzeuge aller Art) und ZZ 1026-36 (landwirtschaftlicher Verkehr frei) - 1 Fällung
Zu berücksichtigende Rechtsgrundlagen und Belange Dritter	<p>Anbindung K6526</p> <p>Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme (Hecke) der DEGES angrenzend</p> <p>Widmung erfolgt durch die Gemeinde</p> <p>Sickerbecken und Leitungen an der Kreisstraße sind zu erhalten</p> <p>Beregnungsleitungen querend und parallel</p>
Vermeidungsmaßnahmen	<p>V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten</p> <p>V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen</p> <p>V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölze</p> <p>V4: Geschwindigkeitsreduzierung auf der K6526 (siehe Ausbauplanung)</p> <p>V5: Bauzeitenbeschränkung (01.03. - 31.08.; mit Ausnahmen)</p> <p>V7: Fällung der Gehölze außerhalb der Brutzeit (hier zw. 1.9. und 28.2.)</p>



Abbildung 4: Weg 4 – Weg am Kossätenfeld

¹Weitere Ausführungen zur Geschwindigkeitsreduzierung auf der K6526 siehe Teil 7.2 Verträglichkeit mit den Schutzgebieten gem. BNatSchG

Weg 110 – Gartenweg/ Steinweg (Neu-Schwante - Klein-Ziethen)

Lage	Östlich von Klein-Ziethen; südlich von Neu-Schwante
Befestigung / Zustand	Betonplatten vollflächig 6 m x 13 m; Spurbahn Betonplatten 3 m auf 450 m Länge; Asphalt/ HGT 3,50 m auf 159 m Länge und 4,0 m auf 206 m Länge; Schotter 3,0 m auf 382 m Länge; 2 vollbefestigte Ausweichstellen mit je 60 m ² / mittel - schlecht
Zweck / Frequentierung / Klassifizierung	Erschließung der landwirtschaftlichen Nutzflächen; Naherholung; Verbindung der Ortsteile Neu-Schwante und Klein Ziethen/ mittel/ Verbindungsweg
Ausbauplanung	<ul style="list-style-type: none"> - Länge: 1.210 - Befestigung: Asphalt <ul style="list-style-type: none"> Breite: 3,50 m Bankett: 0,75 m beidseitig (Schotterrasen) - 2 Wegeanbindungen, 4 Ausweichstellen, 6 Feldzufahrten - Beschilderung: VZ 244 (Fahrradstraße) und ZZ 1020-30 (Anlieger frei) - Lichtraumprofilschnitt
Zu berücksichtigende Rechtsgrundlagen und Belange Dritter	Widmung erfolgt durch die Gemeinde verschiedene Leitungen parallel und querend
Vermeidungsmaßnahmen	V1: Versiegelungsgrad möglichst gering halten V2: Bodenlockerung nach Abschluss der Baumaßnahmen V3: Schutz der wegbegleitenden Gehölze V6 Bauzeitenbeschränkung (1.3. bis 10.9.; mit Ausnahmen)



Abbildung 5: Weg 110 – Gartenweg/ Steinweg

2.2 Natur und Landschaft

2.2.1 Beeinträchtigung von Natur und Landschaft

Eine detaillierte Konfliktanalyse sowie Eingriffsermittlung und -bilanzierung ist dem Teil 7.3 zu entnehmen. Durch den Ausbau des Weges 110 kommt es zu einer Neuversiegelung des Bodens. Bei Weg 4 kommt es aufgrund der Vorbelastung nicht zu einer Neuversiegelung. Im Anbindebereich muss hier allerdings ein Baum gefällt werden. Die detaillierte Konfliktanalyse und Eingriffsbilanzierung befindet sich in Teil 7.3 dieses Planes.

2.2.2 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Im Rahmen der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes (§ 41 FlurbG) und des dazugehörigen Landschaftspflegerischen Begleitplanes werden die in der Konfliktanalyse beschriebenen Konflikte über multifunktionale Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen bzw. ersetzt. Das bedeutet, dass durch eine Kompensationsmaßnahme mehrere Konflikte gleichzeitig ausgeglichen bzw. ersetzt werden können. Für die Ermittlung des Flächenbedarfs wird im Grundsatz das Flächenverhältnis von Eingriff und Ausgleich bei der Kompensation von Bodenversiegelung gemäß Handlungsanleitung zum Vollzug der Eingriffsregelung (HVE, MLUR 2009) angenommen.

Eine detaillierte Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich erfolgt in Teil 7.3.3. Hier ist auch die Gesamtbilanz des Wege- und Gewässerplanes inkl. der 1. und 2. Änderung zu finden.

Da über die 2. Änderung nicht nur 2 Wege dazukommen, sondern auch eine Wegebaumaßnahme (Weg 107) gestrichen wird, genügen die bisher für die Aufwertung des Schutzgutes Boden geplanten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Für die Fällung des Alleebaums an der Einmündung des Weges 4 in die Kreisstraße 6526 soll der Ersatz ortsnah in der selben Allee erfolgen, daher wird Maßnahme 1009 neu in den Plan aufgenommen.

Durch den Wegfall der Maßnahme 107 wird dort auch die Fällung des Alleebaums hinfällig, somit kann die Pflanzung 1006, welche diesem Eingriff zugeordnet war, entfallen.

Auch nach der Änderung der Maßnahmen ist die Kompensation aller Eingriffe gegeben.

1009 – Lückenpflanzung Allee an der K6526

Lage	K6526 Abschnitt 030 km 4.22 bis 5.94 südlich der Kreisstraße
Bestand	Lückige Allee aus Roteschen nördlich bereits Lückenpflanzung mit Winterlinden erfolgt
Planung	Pflanzung von 10 Hochstämmen Winterlinde (3xv, mB, StU 12-14 cm) Abstand zur Fahrbahnkante 2,5 m Angrenzende Hecke im Bereich der Neupflanzung auf den Stock setzen. 3 jährige Fertigstellungs- und Entwicklungspflege, danach Übergabe des Eigentums und der Unterhaltungslast an den Landkreis Ober- havel



Abbildung 6: Maßnahme 1009 Lückenpflanzung Allee

3 ERGEBNISSE DER NATURSCHUTZRECHTLICHEN PRÜFUNGEN UND FACHGUTACHTEN

Im Folgenden wird eine Zusammenfassung der Prüfungen gem. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) und der §§ 15, 34 und 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gegeben. Die ausführlichen Prüfunterlagen befinden sich in Teil 7 bzw. 8 dieses Planes.

3.1 Prüfung der Pflicht einer Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung

Gem. § 35 Nr. 2 BNatSchG sind die in § 34 BNatSchG enthaltenen rechtlichen Vorgaben an die Verträglichkeitsprüfung auch für den Plan nach § 41 FlurbG verbindlich. Danach sind die Maßnahmen im Plan nach § 41 FlurbG vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen oder dem Schutzzweck eines betroffenen Natura-2000-Gebietes zu prüfen.

Da kein Natura-2000-Schutzgebiet im Verfahren liegt, ist eine Verträglichkeitsprüfung nicht erforderlich.

3.2 Prüfung der Verträglichkeit mit den Schutzgebieten gem. BNatSchG

Im Verfahrensgebiet liegt das Landschaftsschutzgebiet „Nauen-Brieselang-Krämer“, verschiedene Naturdenkmale, geschützte Landschaftsbestandteile (Allee) und geschützte Biotope.

Durch die Maßnahmen der 2. Änderung des Wege- und Gewässerplanes werden bis auf die Allee an der K6526 keine Schutzgebiete oder geschützten Landschaftsbestandteile beeinträchtigt.

Bei der Allee an der Kreisstraße 6526 kann eine Fällung und damit eine Beeinträchtigung nicht gänzlich vermieden werden, daher wird hier eine Ausnahme von §17 BbgNatSchAg beantragt. (siehe Teil 7.2)

3.3 Eingriffsregelung

Erhebliche Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes sind durch die unter Kapitel 2.1 aufgeführten Baumaßnahmen durch Versiegelung zu erwarten. Zudem gibt es bau-, anlage- oder / und betriebsbedingte Konflikte, die zu Beeinträchtigungen führen können. Eine detaillierte Konfliktdanalyse sowie Eingriffsermittlung und -bilanzierung ist dem Teil 7.3 zuzunehmen.

3.4 Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung

Durch die Umsetzung der oben aufgeführten Maßnahmen treten baubedingte Störungen der europäischen Vogelarten (Brutvögel) auf. Durch die festgesetzten Vermeidungsmaßnahmen V4, V5, V6 und V7 können diese Beeinträchtigungen im Sinne des § 44 Abs. 1 vermieden werden.

3.5 Prüfung der Verträglichkeit mit den Zielen der WRRL

Keine der neuen Wegebaumaßnahmen liegt im Bereich von Oberflächengewässern, so dass eine Beeinträchtigung des ökologischen oder chemischen Zustandes oder der Zielerreichung ausgeschlossen werden kann. Zudem kann eine mengenmäßige oder chem. Beeinträchtigung des Grundwasserkörpers ausgeschlossen werden, da das anfallende Niederschlagswasser ortsnah versickert wird und bei Einhaltung der einschlägigen DIN-Normen für Baustelleneinrichtung und -ausführung und den gültigen Regeln der Technik nicht mit einer stofflichen Belastung zu rechnen ist.

3.6 Prüfung der Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Gemäß Anlage 1, Ziffer 16.1 zu § 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist für den Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes eine UVP-Pflicht gegeben, wenn die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu dem Ergebnis kommt, dass mit erheblichen Auswirkungen (i.S. des UVPG) auf die Umwelt zu rechnen ist. Dabei bezieht sich der Projektbegriff auf die Herstellung der Gesamtheit der öffentlichen und gemeinschaftlichen Anlagen nach dem FlurbG.

Durch das Vorhaben der Ausführung der Gesamtheit der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen des Planes nach § 41 FlurbG inkl. der 1. und 2. Änderung im FBV Vehlefanz sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten. Die Beeinträchtigungen durch die Herstellung der im Plan nach § 41 FlurbG festzustellenden Maßnahmen auf die naturschutzrechtlichen Schutzgüter „Biotop“, „Arten und Lebensgemeinschaften“ sowie „Boden“ und „Wasser“ werden durch Vermeidungsmaßnahmen erheblich reduziert. Die verbleibenden Beeinträchtigungen können durch entsprechende Maßnahmen kompensiert werden. Auf die Durchführung einer UVP wird aufgrund des Ergebnisses des UVP-Screenings verzichtet.

4. ÜBERSICHT DER FESTSTELLUNGSBEZOGENEN ANLAGEN

Die folgende Übersicht zeigt eine Zusammenfassung der, von der 2. Änderung des Wege- und Gewässerplanes betroffenen, feststellungsbezogenen Anlagen:

4.1 Straßen und Wege

	Nummer	Name	Ausbauart	Länge in m
neu	4	Weg am Kossätenfeld	Asphalt	735
neu	110	Gartenweg/Steinweg	Asphalt	1.210
entfällt	107 inkl. 701	Sandweg inkl. Durchlass	Spurbahn Beton	1.000

4.2 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

	Nummer	Maßnahmen	Fläche in ha
entfällt	1006	Gehölzpflanzung (Allee, 6 Hochstämme)	-
neu	1009	Gehölzpflanzung (Allee, 10 Hochstämme)	-

5 QUELLEN

Gesetzliche Grundlagen

FLURBEREINIGUNGSGESETZ in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl. I S.2794) – FlurbG -

LANDWIRTSCHAFTSANPASSUNGSGESETZ in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.07.1991 (BGBl. I S. 1418), zuletzt geändert durch Artikel 136 des Gesetzes vom 10.08.2021 (BGBl. I S. 3436) – LwAnpG -

ANWEISUNG FÜR DIE DURCHFÜHRUNG VON FLURBEREINIGUNGS-/FLURNEUORDNUNGSVERFAHREN IM LAND BRANDENBURG – FlurnAnwBBG -

GESETZ ÜBER DEN SCHUTZ UND DIE PFLEGE DER DENKMALE UND BODENDENKMALE IM LAND BRANDENBURG (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz-BbgDSchG), Vom 24. Juni 2004; zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 05. März 2024 (GVBl.I/04, [Nr. 9], S.215)

GESETZ ÜBER NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542); zuletzt geändert durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)

RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN 1992: Richtlinie 92 / 43 EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7); zuletzt geändert am 1.1.2007; und Richtlinie 97 / 62 / EWG des Rates vom 27.10.1997 zur Anpassung der Richtlinie 92 / 43 EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt (ABl. EG Nr. L 305 S. 42)

SEEHUSEN / SCHWEDE; SCHWANTAG, DR. F., WINGERTER, K. 2008: Flurbereinigungsgesetz - Standardkommentar; 8. Auflage; Agricola-Verlag GmbH, Butjadingen-Stollhamm.

RICHTLINIE 2000/60/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik – Wasser-rahmenrichtlinie (WRRL)